



„Vom Lohn muss man leben können“ - für diesen Grundsatz steht die CDA Schleswig-Holstein, der soziale Flügel der CDU. Wir haben dies bereits 2007 beschlossen. Eine Mindestentlohnung ist nicht nur nötig, um sich und seine Familie ernähren zu können, sie ist auch Ausdruck der Wertschätzung und Würde von Arbeit und ein klares NEIN zu unfairen Löhnen. Erst jüngst hat Jean-Claude Juncker, Spitzenkandidat der Unions-Parteien (EVP) zur Europawahl, deutlich gemacht, dass er für den Mindestlohn sei und dass dieser sich keineswegs anderswo nachteilig ausgewirkt habe. Auch die Wirtschaft hat sich inzwischen klar positioniert. Sie hat mit den Gewerkschaften vereinbart, den Mindestlohn früher als gesetzlich geplant einzuführen und ihn regelmäßig steigen zu lassen.

## Ein sehr deutliches Signal von Wirtschaft und Gewerkschaften

Arbeitgeber und Gewerkschaften haben inzwischen klare Aussagen getroffen. Mindestlöhne sollen alle 2 Jahre entsprechend der Entwicklung der Tariflöhne steigen, die erste Erhöhung soll nicht erst im Jahr 2018, sondern bereits in 2017 erfolgen.

Dies ist ein sehr deutliches Signal. Wirtschaft und Tarifpartner wollen nicht nur den Streit beendet wissen, sie wollen auch, dass Mindestlohn-Bezieher zumindest mittelfristig an der Lohnentwicklung wie die anderen Arbeitnehmer teilhaben.

Der Zug fährt - gut so. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind sich einig: der Mindestlohn ist kein unlösbares Problem. Er ist eine Chance, auch in diesem Bereich Ordnungsrahmen in der sozialen Marktwirtschaft zu setzen.

Wenn zum Beispiel die Arbeit der Friseure teurer wird, ist das in Ordnung. Nicht der Mindestlohn ist das Problem, sondern Arbeitslöhne von 5 - 8 Euro sind es. Und: Keinesfalls sind übrigens alle in der Friseur-Branche gegen Mindestlöhne.

## Peter Weiß: Wir setzen ein Zeichen gegen unfaire Löhne

Der Vorsitzende der Arbeitnehmergruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Weiß, bei der 1. Lesung zum Mindestlohn-Gesetz im Bundestag:

„Mit der Einführung des allgemeinen Mindestlohnes setzen wir ein deutliches Zeichen gegen unfaire und wettbewerbsverzerrende Löhne. Auch wenn die erstmalige Höhe des Mindestlohns durch das Parlament beschlossen wird, ist uns wichtig, dass künftig die paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Mindestlohnkommission die Mindestlohnhöhe vereinbart. Ziel des Tarifpaketes ist jedoch nicht allein die Regelung eines Mindestlohns, sondern generell eine Stärkung der Tarifautonomie und eine Erhöhung der Tarifbindung. Gute Tarifverträge sor-

gen für gute Löhne. Sie sind ein Markenzeichen des Erfolgs der Sozialen Marktwirtschaft.

Auch die Einführung des allgemeinen Mindestlohnes bedarf einer umfassenden und zeitnahen Evaluierung. Den Tarifvertragsparteien wollen wir Spielraum bei der Fortschreibung des Mindestlohnes einräumen, damit sie ihrer gestalterischen Verantwortung gerecht werden können. Und wir müssen auch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die vereinbarte Übergangsphase bis Ende 2016 für einen sanften Übergang in den Mindestlohn auf Basis tarifvertraglicher Regelungen genutzt werden kann, wo sonst Verwerfungen drohen würden.“

## IMPRESSUM

CDA Landesverband Schleswig-Holstein, Sophienblatt 44-46, 24114 Kiel  
Tel.: 0431/66099-33 | [www.cda-sh.de](http://www.cda-sh.de) | [facebook.com/sozialausschuesse.sh](https://www.facebook.com/sozialausschuesse.sh)  
Redaktion: Dr. Andreas Ellendt | [post@andreas-ellendt.de](mailto:post@andreas-ellendt.de) | 0177/ 4668 290

Wenn immer wieder zu hören ist, die „Handschrift“ der SPD sei in der Koalition deutlicher als die der Union, sollte man sich über die Ursachen Gedanken machen. Verträge - auch ein Koalitionsvertrag - sind einzuhalten. Das weiß man, wenn man ihm zustimmt.

Wenn gleichwohl häufig aus bestimmten CDU-Wirtschaftskreisen über Berliner Entscheidungen gemäkelt wird, erweckt dies den Eindruck, als stünden CDU und CSU eigentlich gar nicht zu den eigenen Entscheidungen. Dadurch ist die Union in der Gefahr, die Chance verstreichen zu lassen, ihre Arbeitnehmer- und Sozialkompetenz voll zur Geltung zu bringen.

Der Koalitionsvertrag im Bund stärkt das sozialpolitische Profil der CDU. Er beinhaltet in wichtigen Bereichen eine ganzheitliche Sicht der sozialen Probleme und trifft beispielsweise bei Themen des Arbeitsmarktes, der Pflege, der Rente, der Familien, der Gesundheitspolitik und des Zusammenhaltes der Gesellschaft eine Reihe von Aussagen, die die Realität und die daraus folgenden Notwendigkeiten zutreffend darlegen.

Es spiegelt sich einiges von dem wider, was die CDA Schleswig-Holstein seit Jahren sagt. Die soziale Balance in der Gesellschaft wird wieder zum stärkeren Thema.

## Koalitionsvertrag stärkt soziales Profil der CDU

Aus dem Koalitionsvertrag:

- **„Mindestlohn einführen, Missbrauch von Werkverträgen und Leiharbeit verhindern“;**
- „Gute Arbeit für alle - sicher und gut bezahlt;“
- „Insbesondere die Betriebe sind in der Pflicht, ihre Anstrengungen für eine alters- und altersgerechte Arbeitswelt und demografiesensible Personalpolitik zu verstärken;“
- „Bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir einen Schwerpunkt in der Arbeitsmarktpolitik setzen;“
- „Wir wollen, dass ältere Arbeitnehmer auch weiter gute Chancen auf Beschäftigung finden;“
- **„Der Schutz der Beschäftigten vor Gefahren am Arbeitsplatz und die Stärkung der Gesundheit bei der Arbeit ist ein wichtiges Gebot sozialer Verantwortung;“**
- „Wir wollen, dass sich Lebensleistung und langjährige Beitragszahlung in der Rente auszahlt. Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente einführen;“
- **„Langjährig Versicherte, die durch 45 Beitragsjahre ihren Beitrag zur Stabilisierung der Rentenversicherung erbracht haben, können mit dem vollendeten 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen;“**
- „Wir werden daher eine solidarische Lebensleistungsrente einführen. Die Einführung wird voraussichtlich bis 2017 erfolgen.“
- **„Wir werden die Gerechtigkeitslücke schließen und ab 1. Juli 2014 für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Entgelt in der Alterssicherung berücksichtigen;“**
- „Nicht nur in Ballungsräumen, sondern auch in ländlichen Regionen muss die wohnortnahe Krankenhausversorgung der Bevölkerung gewährleistet sein;“
- „Eine sichere Behandlung ist letztendlich nur dort möglich, wo das ärztliche und pflegerische Personal nicht über Gebühr belastet wird;“

- **„Pflege muss für alle Menschen, die darauf angewiesen sind, bezahlbar bleiben;“**
  - **„Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe;“**
  - „Weiterhin werden wir die Leistungen der Pflegeversicherung wie die Kurzzeit- und Verhinderungspflege, die Tages- und Nachtpflege sowie die unterschiedlichen Betreuungsformen auch durch die Einführung von Budgets besser und flexibler aufeinander abstimmen;“
  - **„Wer einen anderen Menschen pflegt, braucht dafür Zeit und muss die Pflege mit dem Beruf vereinbaren können. Wir werden die Möglichkeiten des Pflege- und Familienpflegezeitgesetzes unter einem Dach mit Rechtsanspruch zusammenführen und weiterentwickeln;“**
  - **„Gute Pflege setzt qualifiziertes und motiviertes Personal voraus. Wir setzen uns im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten für Personalmindeststandards im Pflegebereich ein und wollen die Pflegeberufe aufwerten. Dokumentationspflichten und Bürokratie müssen auf das Nötigste begrenzt werden;“**
  - **„Wohlergehen und Fortschritt in unserer Gesellschaft bemessen sich auch daran, wie Menschen miteinander leben, arbeiten und umgehen;“**
  - Familie stärken: „Bund und Länder werden zur weiteren Realisierung des Rechtsanspruchs U 3 ein drittes Investitionsprogramm auflegen;“
  - **„Familien brauchen Zeit füreinander. Deshalb machen wir uns stark für eine moderne, lebenslauforientierte Zeitpolitik, die Frauen und Männer dabei unterstützt, Beruf, Familie und Engagement zu vereinbaren;“**
- Wir wollen Familien wieder zum Taktgeber des Lebens machen:** Arbeitgeber, Betreuungseinrichtungen, Schulen, Ämter und Behörden, Dienstleistungsanbieter und Verkehrsbetriebe sollen die zeitlichen Bedürfnisse von Familien besser berücksichtigen und ihre Öffnungs- und Sprechzeiten aufeinander abstimmen. Zeitpolitik befördert wesentlich Wahlfreiheit und ein partnerschaftliches Zusammenleben in Familien.“

## Werner Weiss lud zur DGB-Kundgebung in Heide



Strahlender Sonnenschein, prägnante Reden (Mindestlohn, Rente mit 63, stärker werdende soziale Probleme eines Teils der Gesellschaft) und viele Gespräche bei der Kundgebung des DGB am 1. Mai 2014 in Heide auf dem Südermarkt. Werner Weiss (Mitte), stellv. CDA-Landesvorsitzender und seit September 2013 DGB-Kreisvorsitzender, im Gespräch mit Werner Kalinka (rechts) und Marc Trester, Heider CDU-Vorsitzender und stellv. CDU-Kreisvorsitzender.

**„Ordnungspolitisch halte ich den Mindestlohn für falsch, der Markt sollte den Preis bestimmen. Allerdings muss es möglich sein, dass jeder von seiner eigenen Arbeit leben kann, ohne dass der Staat subventionierend eingreift.“**

Jürgen Fitschen, Co-Chef der Deutschen Bank  
WirtschaftsWoche Juni 2014

## Pflege: Ein guter Schritt

Als „guten Schritt“ bewertet die CDA die jüngsten Beschlüsse des Bundeskabinetts zur Pflege. Ab 2015 wird es Verbesserungen für Betroffene, Angehörige und Pflegende geben.

Dies ist auch ein erkennbares Signal für die Pflegeberufe. Es ist zu hoffen, dass diese in ihrer Anerkennung und Attraktivität mittel- und längerfristig steigen. Helga Jessen, in der CDA für Pflege zuständig und stellvertretende Landesvorsitzende der Senioren-Union: „Dies sollte junge Menschen ermuntern, sich für einen Pflegeberuf zu entscheiden. Denn wir brauchen in der Zukunft erheblich mehr Pflegekräfte.“

### WO KANN ICH MICH INFORMIEREN?

Die Beschlüsse des Bundeskabinetts sehen Sie unter folgenden Links:

[http://www.bmg.bund.de/pm\\_27\\_2014/](http://www.bmg.bund.de/pm_27_2014/)

<http://bit.ly/pflegegesetzentwurf>

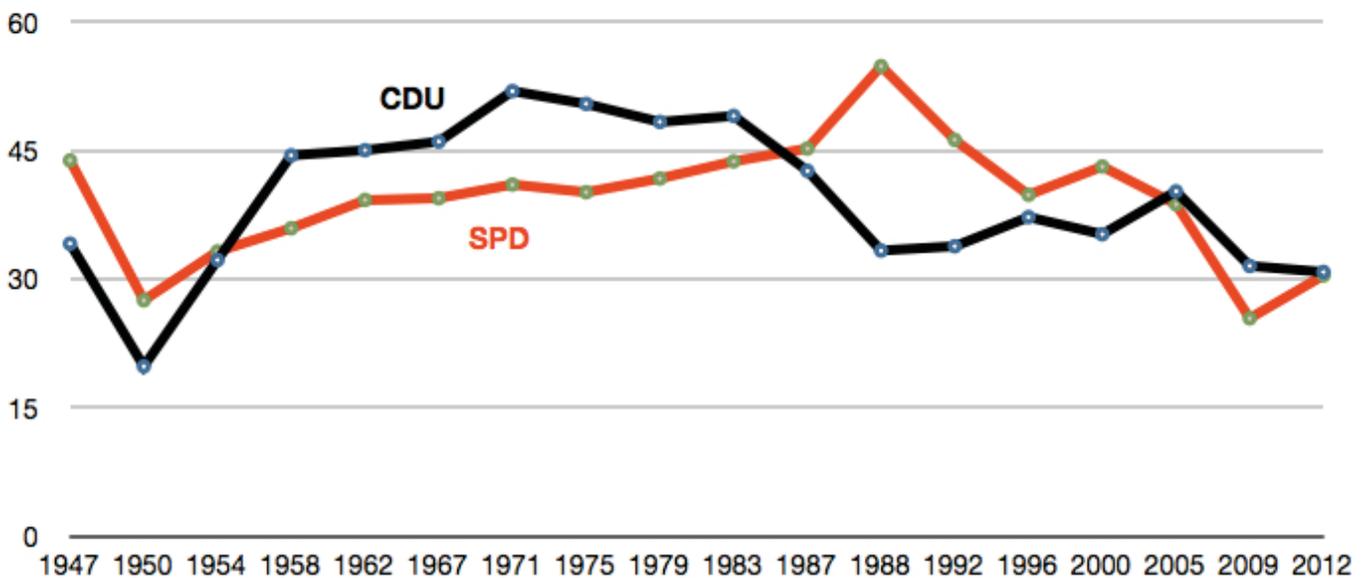
<http://bit.ly/pflegeflyer>

Die moderate Erhöhung des Pflegebeitragsatzes um 0,3 Prozent sei notwendig, um die Verbesserungen zu finanzieren. Dies entspreche dem Gebot der Solidarität in der Gesellschaft, aber auch der Generationen-Gerechtigkeit.

**IMMER GUT INFORMIERT ÜBER DIE CDA SCHLESWIG-HOLSTEIN:**

[WWW.CDA-SH.DE](http://www.cda-sh.de) | [FACEBOOK.COM/SOZIALAUSSCHUESSE.SH](https://www.facebook.com/sozialausschuesse.sh)

LTW Schleswig-Holstein 1949-2012



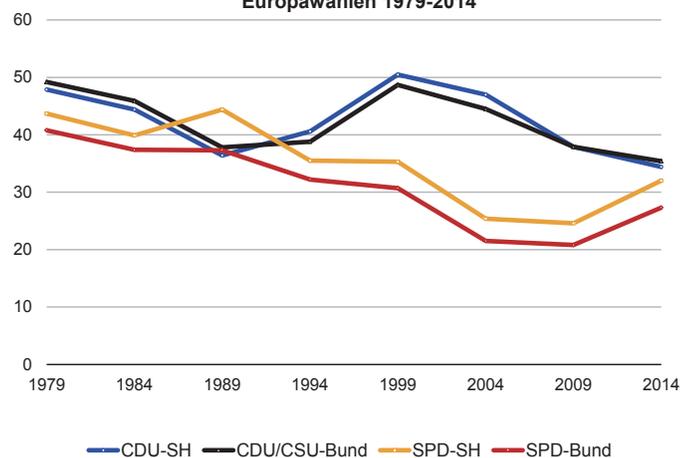
**Die CDU muss sich Gedanken machen**

Europawahl-Ergebnis 2014: Der Abstand zwischen Union und SPD wird geringer, die Zustimmung zur Union sinkt im Vergleich zu früheren Zeiten. Bei uns in Schleswig-Holstein hatte dies schon die Landtagswahl 2012 deutlich gemacht. Dabei besonders alarmierend: Die CDU erreichte ihr schlechtestes Ergebnis seit 1950!

Konsequenz: Keine? Würde die CDU diesen Weg gehen, wäre es sicher der falsche Weg. Stil der Debatten, Inhalts-Diskussionen, Parteireformen, Ansprache kritischer Wählerschichten ... oder andere Themen. Es gibt viele Probleme, über die es lohnt, sich Gedanken zu machen.

Grafiken: Dr. Andreas Ellendt

Europawahlen 1979-2014



ALBIG BESCHIMPFT STUDENTEN, HABECK GEHT AUF DEMONSTRANTEN LOS UND WENDE LACHT

**Landesregierung verhöhnt Demonstranten**

In der Hoffnung, sachlich mit der Landesregierung über die Bildungspolitik zu diskutieren, zogen zahlreiche Studenten, Lehrer, Eltern und Schüler, darunter auch Mitglieder der Campus Union, vor den Kieler Landtag.

**Hannah Wadephul, Vorsitzende der Kommission Bildung der JU SH und Laura May, Pressesprecherin der Campus Union, erklären dazu:**

„Von Dialog kann bei der Landesregierung keine Rede sein. Ministerpräsident Albig verhöhnt die Demonstranten als respektlos, Minister Habeck geht auf die demonstrierenden Studenten los und Bildungsministerin Wende steht in der dritten Reihe und belächelt die Menschen, die ihrem Anliegen Gehör verschaffen wollen.“

Frau Wende sah sich nicht genötigt, Stellung zu der berechtigten Kritik am Lehrkräftebildungsgesetz und den Forderungen der Demonstranten zu beziehen. Vor allem Albigs und Habecks Verhalten war ungeheuer respektlos. An ihrer guten Kinderstube muss man zweifeln. Aufgrund dieses unsägliches Verhaltens fordern wir den Ministerpräsidenten auf, die Bildungsministerin zu entlassen!

Die Demonstration hat gezeigt, dass es einen breiten Unmut über die Bildungspolitik der Landesregierung gibt. Das Lehrkräftebildungsgesetz muss dringend überarbeitet werden. Die Landesregierung muss einen ernsthaften Dialog ohne ideologische Scheuklappen mit allen Beteiligten suchen!“